Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 43 (2017)

Artikel: Demokratiemündigkeit : zwischen Expertokratie und Populismus

Autor: Kaeser, Eduard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-893681

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Demokratiemündigkeit
Zwischen Expertokratie und Populismus

Eduard Kaeser*

1. Das Wunder der Aggregation

Ein komplexes Ganzes zeigt oft Eigenschaften, die sich nicht aus dessen Teilen erklären lassen. Einzelne Wassermoleküle sind nicht nass, aber ihr Aggregat im Trinkglas manifestiert die neue Eigenschaft Nässe. Einzelne Neuronen sind bloss physiologische Maschinchen, aber ihr Gesamtkonzert im Hirn eines Organismus führt zur erstaunlichen neuen Eigenschaft Intelligenz. Komplexitätsforscher nennen dieses Phänomen Emergenz.

Es tritt auch in Demokratien auf. Millionen von Stimmbürgern entscheiden sich individuell für eine politische Sache, oft aus undurchsichtigen und eigennützigen Gründen, meist auch, ohne ausreichend über die Sache informiert zu sein, und aus der Kakophonie der Einzelstimmen «emergiert» die Vox populi. Und was wirklich verblüfft: Oft resultiert ein recht vernünftiger Kollektiventscheid, wie xenophob, sexistisch, rassistisch, wutgetrieben oder schlicht dumm der individuelle Entscheid auch sein mag. Wie kann das so vertrackte und schwerfällige Gebilde Demokratie «vernünftig» sein?

Politologen beschwören gerne das «Wunder der Aggregation» («miracle of aggregation»), womit sie die «Weisheit» des Volkes als statistisches Phänomen zu erklären versuchen. Das Gewicht eines Ochsen lässt sich erstaunlich genau bestimmen, wenn sich eine grosse Anzahl von Menschen an der Schätzung beteiligen, wie sehr sie sich auch irren mögen. Die Stimmbürger sind vielleicht uninformiert und hängen irrtümlichen Meinungen an, aber bei genügend grosser Zahl würden sich Ignoranz und Irrtum zufällig verteilen, so dass sich im Mittel doch ein «vernünftiges» Resultat einstelle, weil die wenigen Vernünftigen den Ausschlag geben würden. Ignoranz der Mehrheit erwiese sich somit als kein gravierendes Problem.

Dieser Optimismus ist kaum gerechtfertigt, ja, gefährlich. Irrtümliche Ansichten sind gerade in einer modernen Demokratie nicht zufallsgelenkt, sondern lassen sich durch immer raffiniertere Instrumentarien der Meinungsbeeinflussung steuern. Zwei der wichtigsten Einflussfaktoren sind Social Media und Populismus. Vielleicht ist es nicht übertrieben zu sagen, die sozialen Netzwerke hätten dem Populismus erst seine gegenwärtige Akutheit verliehen. Jedenfalls gründen sie im Postfaktischen, das heisst, sie haben sich vom Bodenkontakt der Überprüfung an Tatsachen weitgehend gelöst. Wie der Soziologe Helmut Willke nicht gerade ermutigend schreibt, ist unter «realen Bedingungen einer Massendemokratie, die mit der Fülle von hochkomplexen und kognitiv voraussetzungsvollen Problemen zu kämpfen hat, (die) Annahme schlicht abwegig, dass ein politischer Diskurs, der unterschiedliche Meinungen und kognitive Vielfalt einbringt, zu vernünftigen Ergebnissen führt. Ein noch so intensiver Diskurs unter Blinden macht nicht sehend.»[1]

2. Der Mythos des rationalen Lenkers

Was also? Wenn es den «rationalen Wähler» nicht gibt, dann gibt es zumindest den «rationalen Lenker». Zumindest ist das die Meinung des politischen Philosophen Jason Brennan, der gerade ein Buch mit dem sprechenden Titel «Against Democracy» publiziert hat.[2] Das Brexit-Referendum war «undemokratisch», so Brennan, weil es den Bürger mit seinem Wissensstand – mehrheitlich – überforderte. Brennan sieht hier allgemein ein Defizit von Demokratien: Sie setzen eine nicht existente Kompetenz beim Durchschnittsbürger voraus. Und mit dieser These befindet er sich in langer Tradition, die zurückreicht bis zu Platons «Staat». Der Durchschnittsathener, so Platon, ist träge, lasterhaft, zerstreut. Der demokratische Bürger lässt sich in seiner Freiheit von so vielen Einflüssen treiben, dass seine politische Stimme eigentlich eine Zufallsstimme ist. Platon zeichnet geradezu eine Psychopathologie der demokratischen Freiheit, in welcher der Bürger in seiner Orientierungslosigkeit und Verwöhntheit zwangsläufig «reif» wird für die Tyrannis. Die Lösung sieht Platon in einer Herrschaft der wissenden Elite – damals der

1 Helmut Willke: *Dezentrierte Demokratie, Berlin*, 2016, S.46.
2 Jason Brennan: *Against Democracy*, Princeton, New Jersey, 2016.

* Liebeggweg 6, 3006 Bern.
E-mail: *e.cheese@gmx.net*
http://kaeser-technotopia.blogspot.ch/

Eduard Kaeser, Dr. phil., geboren 1948 in Bern. Studium der theoretischen Physik, anschliessend der Wissenschaftsgeschichte und Philosophie an der Universität Bern. Promotion in Philosophie an der naturwissenschaftlichen Fakultät. Befristete Vorlesungstätigkeit an der Universität Bern. Bis 2012 Gymnasiallehrer für Physik und Mathematik. Daneben publizistische Tätigkeit zu Themen zwischen Wissenschaft und Philosophie, in Büchern, Magazinen und Zeitungen.

Philosophen: in einer *Epistokratie*. Und eine solche epistokratische Therapie verschreibt Brennan den heutigen Demokratien.

3. Das Dilemma der Effizienz und Legitimität

Demokratien kämpfen mit dem Dilemma der Effizienz und Legitimität. Wenn sich möglichst viele Stimmbürger – grösstenteils Laien – an der Entscheidungsfindung beteiligen sollen, dann ist diese in der Regel nicht effizient; und wenn die Entscheidungsfindung effizient sein soll – unter Beteiligung vor allem von Experten – dann fehlt ihr die Legitimierung durch «das Volk». Formelhaft: Viel Legitimität, wenig Effizienz – viel Effizienz, wenig Legitimität.

Aus diesem Dilemma resultiert eine heimliche Geringschätzung, ja, Verachtung der Demokratie, vonseiten der Expertokratie und vonseiten des Populismus. Die Verachtung tarnt sich in beiden Fällen mit dem Wolf-im-Schafspelz-Argument, man wolle ja nur das Beste für die Demokratie: der Expertokrat mit seiner «unparteilichen» Beratung, der Populist mit seiner «legitimen» Vertretung. Der Expertokrat sagt: Für politische Probleme gibt es eine bestmögliche Lösung, und die kennt der Experte als Vertreter «des» Wissens am besten. Der Populist sagt: Für politische Probleme gibt es eine bestmögliche Lösung, und die kennt der wahre Demokrat als Vertreter «des» Volkes am besten.

Der Expertokrat diagnostiziert das Defizit der modernen Demokratie in der Inkompetenz, Ignoranz und Irrationalität des Bürgers. Die entscheidende Front liegt für ihn zwischen Wissen und Nichtwissen. Würde der Bürger nur dem Experten vertrauen, dann wäre alles zum Besseren bestellt. Dahinter steckt die äusserst fragwürdige Annahme, dass mehr Wissen auch automatisch mehr politische Autorität und Kompetenz verleihe. Die jüngste Geschichte lässt eher an dieser Kompetenz zweifeln. Zudem darf vermutet werden, dass in diesem Zusammenhang Rationalität mit technisch-wissenschaftlicher Rationalität gleichgesetzt wird – also mit dem, was früher im linken Jargon Herrschaftswissen hiess. Dem Politikwissenschafter Christoph Möllers ist deshalb voll und ganz zuzustimmen: «Der Einwand von Experten, dass in Demokratien ohne Kompetenz entschieden würde, zeigt die demokratische Inkompetenz der Experten.»[3]

Für den Populisten liegt die entscheidende Front zwischen Volk und Elite. Seinem Ideal gemäss besteht eine Demokratie ja im Grunde aus einer einzigen grossen homogenen Mehrheit: dem «Volk», dessen Meinung er vertritt. Aber in der Realität ist die moderne Demokratie ein Konglomerat aus diversen Interessengruppen, in dem sich «das Volk» nicht finden lässt. Deshalb greift der Populist zum Pars-pro-toto-Trick: Er erklärt jenen Bevölkerungsteil, den er repräsentiert, schlicht zum «Volk» und legitimiert seine Meinung in dessen Namen. Die ganze atemberaubende Unlogik wäre harmlos, würde der legitime Anspruch «Wir sind *auch* das Volk» nicht zum illegitim-offensiven «Wir *allein* sind das Volk» aufgepumpt. Genau in dem Moment, in dem dies getan wird, verwandelt sich der Anspruch in einen antidemokratischen Spaltpilz.

4. Digitalisierte Demokratie

Zentral in einer hochtechnisierten, will sagen: digitalisierten Demokratie ist die Informationsbeschaffung. Von ihren Techniken hängt die Meinungsbildung wesentlich ab. Die Differenz der politischen Systeme erscheint aus dieser Sicht als Differenz der Sammel- und Analyseprozeduren von Daten. Diktaturen favorisieren zentralisierte Prozeduren, Demokratien verteilte. Der Historiker Yuval Noah Harari vertritt in seinem neuen Buch «Homo deus» (2016) die These,[4] der Kalte Krieg sei vom Kapitalismus gerade deshalb gewonnen worden, weil dieser den Technologien der verteilten Informationsverarbeitung zum Durchbruch verholfen habe. Das erscheint dick aufgetragen, aber richtig daran ist immerhin so viel, dass man den Vorgang der Demokratisierung einer Gesellschaft durchaus als Schritt in Richtung der Informationsverteilung charakterisieren könnte.

In diesem Schritt steckt allerdings eine Tücke der Demokratisierung. Wieviel Verteilung der Information verträgt sie? Meinungsvielfalt ist gut, nicht aber Meinungsüberdüngung. Die Frage erhält im Kontext der Social Media einen geradezu dramatischen Unterton. Information wird ja nicht bloss verteilt, sie wird ausgeschüttet in einer nie dagewesenen Flut, in der wir uns kaum noch zu orientieren vermögen. Gerade die amerikanischen Präsidentschaftswahlen haben uns demonstriert, wie das Netz überspült wird von viralem Bullshit. Es gibt eine regelrechte Industrie von «hoax news», also von Jux- und Falschnachrichten. Wie unterscheiden wir zwischen wahren und falschen News? Wir unterscheiden nicht. Wir filtern. Wir tendieren im Netzdiskurs dazu, Nachrichtenströme durch den Filter unserer Voreingenommenheiten passieren zu lassen. Und nichts verbreitet sich im Netz so effizient wie Geschichten, welche die eigene Voreingenommenheit bestätigen. Übrig bleibt, was wir «immer schon wussten», will sagen: eigentlich nicht wissen oder wissen wollen. Das ist das Paradox: Wir sind überinformierte Ignoranten.

3 Möllers: *Demokratie - Zumutungen und Versprechen*, Berlin, 2008.

4 Noah Harari: *Homo Deus. A Brief History of Tomorrow*, London, 2016.

Ist das ein Argument gegen die Demokratie? Im Gegenteil, es ist ein Appell, Demokratie – ja, Politik neu zu denken. Demokratieverdruss ist Verdruss über eine politische Realität, die eigentlich nicht mehr viel mit der Res publica zu tun hat; in der supra-staatliche Akteure wie Globalkonzerne, Banken, Investoren, Rating-Agenturen immer mehr partikulare Handlungs- und Entscheidungsmacht an sich reissen und Regierungen nicht selten zu Erfüllungsgehilfen degradieren. «Postdemokratie» nannte der englische Politologe Colin Crouch dieses Szenario schon vor über zehn Jahren.[5]

5. Kritik der repräsentativen Demokratie

Immer mehr Bürger demokratischer Staaten nehmen ein elementares Defizit wahr: Sie wählen Vertreter, welche ihre Interessen nicht vertreten. Der Schluss daraus ist einfach: Wir vertreten uns selber! – Das muss nicht die Abschaffung der Institutionen der repräsentativen Demokratie bedeuten, vielmehr ein Aufbrechen ihrer Selbstverständlichkeiten.

Gerade die Repräsenationsidee bedürfte einer dringenden Überprüfung. Wirft man einen Blick auf die demokratischen Parlamente – zumal das schweizerische, stellt sich nicht unbedingt der Eindruck einer getreuen Repräsentation ein. Bestimmte Bevölkerungsgruppen erscheinen überproportional vertreten. So heisst es in einem Bericht über die berufliche Zusammensetzung des Nationalrats, sie sei «alles andere als repräsentativ, weder für die Kandidierenden noch für die Gesamtbevölkerung. In der Bevölkerung gibt es anteilsmässig viel weniger Akademiker, Unternehmer oder Landwirte als in der grossen Kammer (...). Das Amt auf nationaler Ebene ist mit einem normalen Angestelltenverhältnis kaum mehr zu vereinbaren. Unternehmer und selbständig Erwerbende wie Rechtsanwälte, Landwirte, Juristen und Berater, die auf Mandatsbasis arbeiten sowie Berufspolitiker sind darum klar im Vorteil.» [6]

Daraus lässt sich der spekulative Gedanke der *stochastischen Vertretung* spinnen. In der Statistik gilt eine zufällige Stichprobe als gute Repräsentation für die Gesamtmenge, über die etwas ausgesagt werden soll. Könnte nicht auch eine zufallsgewählte Volksvertretung ein adäquateres Bild der Gesamtbevölkerung abgeben? Pointiert: Nur Auslosen ist echt repräsentativ-demokratisch.[7] Möglicherweise würde, wer nicht darauf achten muss, wiedergewählt zu werden, näher am «Volksinteresse» politisieren und sein Potenzial bis zum Ende des Amtes voll ausschöpfen wollen – was aufs Ganze gesehen nicht nur als Antikoagulationsmittel gegen langfristige Interessenverklumpung dienen, sondern auch zu einer kreativeren, unkonventionelleren, entscheidungsfreudigeren demokratischeren Kultur führen könnte als jene, die ständig auf Stimmenkauf und Wählergunst schielt.

Die Idee stammt aus der griechischen Antike und sie ist von den Philosophen des 18. Jahrhunderts aufgenommen und eingehend diskutiert worden. Man findet sie etwa in Montesquieus «Vom Geist der Gesetze» (1748): «Wahl durch Los entspricht der Natur der Demokratie, Wahl durch Abstimmung der Natur der Aristokratie.» Ausdrücklich hebt Montesquieu die athenische Polis hervor, in der die Beauftragten nach Ablauf ihrer Amtszeit Rechenschaft ablegen mussten. Nur durch die Kombination von Wahl und Los würden Auswüchse vermieden. Das Los allein führe zu Inkompetenz, die Wahl allein zu Ohnmacht.[8]

6. Die lokale Polis

Dieser Gedanke der Polis scheint mir verfolgenswert zu sein. Demokratie braucht den Glauben an die lokale Wirkung, weniger abstrakt: an *Das-Leben-in-die-eigene-Hand-Nehmen*. Ein Grund für die Politikverdrossenheit liegt im Gefühl der Ohnmacht, das den Stimmbürger befällt, wenn er sieht, wie das politische Geschäft eigentlich über seinem Kopf abläuft. Seine Stimme ist dann auch eher ein Ausdruck resignierten Trotzes als eine Beteiligung am demokratischen Geschehen. Aber in einer Zeit globaler Unübersichtlichkeit will man sehen, was die eigene Entscheidung bewirkt, und das geschieht im Kreis von Bekannten, Nachbarn, Quartierbewohnern, in der urbanen Umgebung, kurz: im Lokalen. Eignung für Demokratie ist das eine, Lust an der Demokratie das andere. Und diese wächst auf dem Boden der lokalen Polis.

Eine solche Polis hat nichts mit Populismus zu tun. Populismus ist «entmischend», anti-pluralistisch – ein starkes politisches Nervengift. Zu seinen Basisbestandteilen gehört die Abgrenzungs- und Ausschlusshaltung: Das Volk sind «wir», und wir bestimmen, wer zu «uns» gehört, weil eine nicht genau analysierbare Kohäsivkraft uns zusammenbindet. «Das französische Volk, das seid ihr, und das sind wir,» ruft Marine Le Pen: «Das sind Millionen von Männern und Frauen, die fest verbunden sind durch unsicht-

5 Colin Crouch: Postdemokratie, Frankfurt a. Main, 2008.

6 defacto.expert/2015/10/23/berufe-im-nationalrat/

7 Für diese Idee machen sich zwei Bücher stark; stringent David van Reybroek: *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*, 2016, Göttingen; elaboriert Hubert Buchstein: *Demokratie und Lotterie*, Frankfurt a. Main, 2009.

8 Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze*, Stuttgart, 1965, 2. Buch. 2. Kapitel.

bare, aber unverbrüchliche Bande, verbunden durch die Liebe zu einem Land, durch die Zugehörigkeit zu einer Sprache und einer Kultur. Ein Volk ist ein einziges Herz, das in Millionen von Brüsten schlägt, ein einziger Atem, eine einzige Hoffnung.»

7. Interkulturelle Nachbarschaft

Dass sich die Bevölkerungen vieler EU-Länder im System der EU nicht repräsentiert sehen, dürfte zu einem der Grunddefekte dieses Systems gehören und auch Grund für die Bildung von nationalistisch hypertrophierten Herzen sein. Aber die Polis, die ich meine, wäre exakt das Gegenteil einer solch kopflosen Aggregation von Brustkörben. Nämlich ein loser Verbund von Menschen verschiedenster Herkunft und mit unterschiedlichsten individuellen Interessen, aber mit einem gemeinsamen Engagement: diese Heterogenität als friedliche Lebensform – eben als Polis – zu praktizieren. Dabei müsste als erste Voraussetzung gelten, dass moderne Gesellschaften «unrein» sind, unwiederbringlich heterogen: sozial, ethnisch, kulturell, religiös.

Das Paradigma für eine Polis im Kleinen – vor allem in der multikulturellen Stadtgesellschaft von heute – sehe ich in der *Nachbarschaft*. Während wir täglich von kulturellen Konflikten auf globaler Ebene hören, begegnen sich Kulturen in den Nachbarschaften der modernen Städte. Wir kennen diese «fremden» Nachbarn als ethno-kulturelle Minderheiten. Gelingende Nachbarschaft – das ist eine Binsenweisheit – ist nicht nur zwischen ihnen und uns, sondern auch unter «unseresgleichen» ein Glücksfall. Meistens ist man sich schlicht zu nah. Nicht selten mag man sich nicht und versteht sich nicht besonders. Trotzdem muss man einen *Modus Vivendi* finden, miteinander umzugehen, sich aneinander zu gewöhnen.

Ein solcher Modus Vivendi ist bekanntermassen ein fragiles demokratisches Experimentierfeld: ein Einüben in das «Sich-Öffnen» und «Sich-Abschliessen», in das Austragen von Konflikten und Aushandeln von Kompromissen. Aber wie Molières Monsieur Jourdain, der zu seinem Erstaunen entdeckt, dass er eigentlich immer schon Prosa redet, erfahren die meisten von uns im europäischen Alltag interkulturelle Nachbarschaft die ganze Zeit, am Arbeitsplatz, im Laden, im Schulzimmer, in der Bar, im Schrebergarten, im Kiez, im öffentlichen Verkehr, auf dem Sportplatz. Ich sehe darin die Keimzelle einer alltagstauglichen Mikropolitik der Gewöhnung (nicht unbedingt schon des Verstehens). Natürlich wird sie von Fanatikern, Orthodoxen und selbstberufenen kulturellen Reinigern argwöhnisch beobachtet. Umso mehr sollten Initiativen zu interkultureller Nachbarschaft von der offiziellen Integrationspolitik wahrgenommen und vor allem im Sinne einer *affirmative action* positiv sanktioniert werden.

8. Demokratischer Dilettantismus

Im gleichen Atemzug, in dem man eine solche Nachbarschaft beschwört, muss man auch eingestehen, eigentlich wenig Erfahrung mit ihr zu haben. Ein «tribales Areal» in unseren Hirnen scheint sich dagegen zu sperren, gerade heute, angesichts zunehmendner Migration. Deshalb bestünde ein erster Schritt zur Erneuerung der Demokratie darin, dass wir alle – Laien und Experten – uns als *demokratische Dilettanten* verstehen. Man erinnere sich an die ursprüngliche Bedeutung des Wortes «Dilettant»: «delectare», also Sich-delektieren an der Sache, ohne mit viel Sachwissen ausgerüstet zu sein. Das drückt meines Erachtens die elementare kognitive Vorbedingung für ein demokratisches Gemeinwesen aus, als wie komplex die Probleme sich herausstellen mögen. Dilettantismus bedeutet nicht, dass man sich nicht auskennt; Dilettantismus bedeutet, dass man sich in einer Sache engagiert – sich an ihr «erfreut», um des Gemeinwohls willen; jede und jeder nach individueller Bereitschaft und Vermögen.

Wenn man heute immer wieder hört, dass der Durchschnittsbürger sich schlicht überfordert sehe, aufgrund von Sachkenntnis ein angemessenes Urteil über komplexe Fragen zu bilden, dann darf die Gegenfrage erlaubt sein, ob dieser Durchschnittsbürger im Rahmen seiner lokalen Polis nicht oft zu einem sachgerechteren Urteil komme als der vermeintliche Experte. Obwohl es sicher Entscheidungsfragen gibt, welche das Urteil des Experten erfordern, so ist die demokratische «Sache», um die es geht, nie bloss eine Sache von Experten, sondern eben: von *Demokraten*. Man könnte auch sagen: Wir alle sind betroffen, und darin sind wir alle Experten. Und es gehört sogar zur demokratischen Kompetenz, darüber urteilen zu können, was nun Sache von allen, und was Sache einer besonderen Gruppe ist.

9. Beispiel Stadtplanung

Das wird in der Regel kaum konfliktfrei ablaufen. So kann man zum Beispiel die Bewohner eines Stadtquartiers durchaus als Experten ihres Wohnorts betrachten. In diesem Sinne wäre ihnen auch zuzubilligen, dass sie selber entscheiden, wie eine Strasse begrünt und welche Mittel der Geschwindigkeitsbegrenzung zur Wohnlichmachung eingeführt werden sollen. Eine Sperrung der Strasse hingegen wäre wiederum eine Sache der Allgemeinheit, weil diese Massnahme wahrscheinlich Bewohner anderer Quartiere in Mitleidenschaft zöge; irgendwo muss der Verkehr ja durch. Eine demokratische «Lösung» des Problems wird also nur durch die Aushandlung zwischen Ei-

geninteresse des Quartiers und Allgemeininteresse – vertreten durch die Behörden – erreicht; ein optimales Resultat ist kaum zu erwarten.

Aber zumindest eine Umorientierung des Denkens. Statt dass Experten – Sozialingenieure, Planer und Architekten – urbane Gebiete «top down» entwerfen, befragen sie zuerst einmal die Bewohner der Gebiete, die eigentlichen Experten des Wohnens vor Ort. Das wurde zum ersten Mal in den 1960er Jahren in Chicago praktiziert, als die mehrheitlich schwarzen Einwohner des heruntergekommenen Woodlawn-Stadteils für den Umbau eine Mitsprache aus ihrer eigenen Perspektive gegenüber jener der Experten der Stadverwaltung verlangten. Die sogenannte «Woodlawn Organization», die daraus resultierte, wurde zum Modell für urbanes Planen «bottom up».[9] Es streckt heute auch in Europa seine Fühler aus, zum Beispiel im Projekt «Stadt (Er)finden» der Berliner Urbanistin Saskia Hebert. Hier gelten Ortsansässige als Experten, als Kenner lebenswichtiger Orte; sie wissen, wo ein Kiosk, ein Spielplatz, eine Kindertagesstätte, ein Kino, eine Post hingehören. Planer, Architekten und Studierende dagegen fungieren als «Externe», die bei bestimmten Fragen beigezogen werden. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Im Berner Engehalbinselquartier regt sich der Wille der Bewohner, selber etwas gegen die «Ausblutung» ihrer Lebenswelt zu unternehmen – einer Lebenswelt, welche übrigens vom Stadtplanungsamt als «Chantier» – als Baustelle – kategorisiert wird.

10. Technologie und Politik sind nicht im Gleichschritt

Neben der wahrscheinlich unvermeidbaren kulturellen Heterogenität des demokratischen Souveräns liegt die andere grosse Herausforderung der Demokratie – ich tönte es bereits an – in der technologischen Entwicklung. Damit meine ich in erster Linie nicht die neue Macht- und Monopolstellung der einschlägigen Digitaltechnologiegiganten, sondern eine Entwicklung am Menschen selbst. Es gehört heute zur Folklore moderner Selbstgratulation, technische Innovation und ökonomisches Wachstum als unübertroffene Errungenschaften entwickelter Gesellschaften zu preisen. Viel zu wenig beachtet wird dabei die Frage der kollateralen politischen Bildung des Bürgers. Ich sprach vom Backlash der überinformierten Ignoranz, davon also, dass ein Überangebot an Äusserungsmöglichkeiten nicht notwendig zu einer Verbesserung der demokratischen Kultur führe. Und darin scheint mir eine generelle Dialektik erkennbar zu sein: Der Vorwärtsgang technologischer Entwicklung ist oft mit einem Rückwärtsgang politischer Entwicklung gekoppelt, um nicht zu sagen mit einer politischen Unmündigkeit.

Sie ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Vordergründig scheint es ja durchaus, als käme in den sozialen Medien zu Wort, wer nur wolle; als erwache eine neuartige Mündigkeit. Man feierte diese elektronische Souveränität des «Volkes» in den Aufständen gegen Autokraten in Tunesien und Ägypten. Aber darin lag eine fatale Überschätzung der neuen Medien. Die rebellischen Bewegungen waren eine elektronische Frühlingsbrise. Und warum? Weil sie keine echte Res publica schufen. Weil soziale Medien eine Scheinmündigkeit vorspielen. Soziale Medien sind im Wesentlichen überhitzte Marktplätze des Informationsaustauschs, auf denen Nachrichten aufgeschnappt und weiterverbreitet werden, ohne genauere Überprüfung: ein gehetztes Gezwitscher, in dem das ruhige Abwägen und der kultivierte Diskurs kaum noch möglich sind. Was die Politiologen so schön als deliberative Demokratie bezeichnen, verrauscht in den sozialen Medien buchstäblich. Es herrscht eine Arena des Catch-as-catch-can, ein Affentheater sich bekämpfender Netz-Stämme, mit dem prädominanten und präpotenten Kommunikationsstil der Verachtung: des Mobbing, Bashing, Shitstorming. Das neue Massenmedium macht es leicht, eine Meinung aufzubauschen oder zu verzerren. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass massiv vernetzte Teilnehmer trotz ihrer Minorität die Illusion einer Mehrheitsmeinung erwecken können.[10] Und wenn der Hohepriester von Facebook von einer «Global Community» träumt, dann kann das nur als Drohung aufgefasst werden.

11. Demokratiemündigkeit

Ich möchte nicht auf einer pessimistischen Note enden, sondern lediglich anmahnen, Demokratie nicht da zu feiern, wo sie gefährdet ist. Und diese Gefährdung beginnt beim Demokratieteilnehmer. Wir sind es zunehmend gewohnt, physische wie intellektuelle Tätigkeiten zu delegieren, an andere Menschen, vermehrt aber auch an künstliche Systeme. Für nahezu alles gibt es heute eine App. Das fördert eine geistige Trägheit, die sich gerade auf politischem Terrain verhängnisvoll auswirken kann. Wir delegieren unsere Urteile und Entscheidungen an eine Branche von Politprofis. Meist sind diese mit allen Marketingwassern gewaschen, um auf Show-Parketten zu tanzen, und sie brauchen nur alle paar Jahre wieder einmal

9 Solche Bottom-up-Bewegungen zur demokratischen Erneuerung gibt es inzwischen vielerorts. Sie reichen bis zur Verfassungsänderung durch Bürger in Island und Irland.
Einen Überblick gibt Van Reybrouck.

10 Julia Bähr: *Wer stellt die Mehrheit?* Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.2015.

Legitimität beim Bürger zu tanken. Um es mit Kant zu formulieren: «Es ist so bequem, unmündig zu sein, habe ich (...) einen Politiker, der für mich das Beurteilen übernimmt, so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur wählen kann; andere werden das verdriessliche Geschäft schon für mich übernehmen.»[11]

Es geht um die Rückeroberung des öffentlichen Raums. Und sie beginnt mit der Entdeckung, dass wir Bürger diesen Raum konstituieren. Wir sollten ihn weder den Expertokraten noch den Populisten überlassen. Das ist leichter gesagt als getan, weil sowohl das expertokratische als auch das populistische Moment zur Demokratie gehören. Gerade zu ihrer Entschärfung ist es deshalb nötig, dass wir uns mitten drin neu finden und definieren: als demokratiemündige Bürger. Wir haben nicht eine Demokratie, wir befinden uns stets auf dem Weg zu ihr. ■

11 Kant bezog sich auf Ärzte, nicht Politiker. Immanuel Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, Werkausgabe Band XI (Hrsg. W. Weischedel)1982, S. 53, A481/482.: «Es ist so bequem, unmündig zu sein, habe ich (..) einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdriessliche Geschäft schon für mich übernehmen.»